Der Westen

Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Der Westen“, bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung (hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V. und dem Bund Vertriebener aus Elsaß-Lothringen und den Weststaaten e.V.) sowie der Erwin von Steinbach-Stiftung

ISSN 0179-6100 E21949 Heft 1/2 2025 72. Jahrgang www.gesellschaft-elsass-und-lothringen.de

Der Bahnhof und die alte Post von Metz in Lothringen (historische Fotografie)

Inhalt

„Unsri Gschicht“ zu den Feierlichkeiten des 11. November 2
Korsika: „Gegenüber dem jakobinischen tiefen Staat Gesicht zeigen“
Regionalsprache im Arelerland 3
Streit um Metzer Parallelwelt-Großmoschee 4
Zukunft für die lothringischen Dialekte? 5
Katalonien, Korsika, Martinique und Katalonien: Parallelen und Unterschiede zum Elsaß 6
Ein Verfechter der Bretonischen ist verstorben 6
Ein aus Lothringen stammender amerikanischer Bischof: Nicholas Matz 7
Ein Tiroler in Straßburg 8
Der Tod des „Sonnenkönigs“ – Vor 310 Jahren starb der französische König Ludwig XIV. 11
Impressum 15
Hinüber und herüber

„Unsri Gschicht“ zu den Feierlichkeiten des 11. November

In einem Leserbrief, der am 18. Dezember 2024 unter dem Titel „Die Erinnerungsfeiern regionalisieren? Eine falsche gute Idee“ erschienen ist, kritisiert General Friedrich den Vorschlag von Colmarer Gewählten, für den 11. November eine der geschichtlichen Wirklichkeit des Elsaß Rechnung tragende Zeremonie einzuführen. „Unsri Geschicht“ hat dem General am 30. Dezember 2024 mit einer Presseverlautbarung geantwortet. Diese wird im folgenden, ins Deutsche übersetzt, wiedergegeben.

Eine geschichtliche Wirklichkeit, die der Militärangehörige im Ruhestand mit einer Handbewegung im Namen eines „an ein strenges Protokoll gebundenen nationalen Ereignisses, in dessen Rahmen der französische Bürger soeben alle für Frankreich Gestorbenen geehrt hat“, vom Tische wischt! Nur daß die 250 000 während des 1. Weltkrieges einberufenen elsässischen Soldaten pflichtgetreu in der kaiserlichen Armee gedient haben; die 35 000 Getöteten sind nicht für Frankreich gestorben. Wenn nun an diese Wirklichkeit – in den Verlautbarungen der Ministerien stets hochmütig vernachlässigt – erinnert werden sollte, dann müßte man sie notwendigerweise in den Zusammenhang stellen, sie also regionalisieren. Der General jedoch zieht es für seine Person vor, daß eine Staatslüge aufrechterhalten werde. Eine kollektive Amnesie, durch den „Souvenir français“ unterstützt, der, mit der vertraglich abgesicherten Handlangerschaft der Éducation nationale die Schulen zur alleinigen Ehre der Poilus abläuft … Und was soll man von der Französisierung der Vornamen sagen, die unseren Feldgrauen auf den Denkmälern einen zweiten Tod auferlegt?

Das Gedenken ist nicht eine Schublade

In Wirklichkeit ist das Gesetz aus dem Jahre 2012, das den 11. November als Datum der Erinnerung an „alle für Frankreich Gestorbenen“ eingeführt hat – ganz wie vor kurzem das Tragen der „Kornblumen Frankreichs“ (Bleuet) –, im Elsaß schlichtweg nicht anwendbar, insofern als es durcheinander die Feldgrauen, die Malgrénous und auch noch die Toten des Algerienkrieges in eine gemeinsame Erinnerungsschublade steckt. Es ist dieselbe, die innerhalb weniger als einer Generation aus unserer vielhundertjährigen Sprache die „Sprache des Nachbarn“ gemacht hat. Ein Zustand, über den sich General Friedrich zu freuen scheint.

Aus Achtung vor unseren Ahnen – der Patriotismus unserer Feldgrauen ist nicht weniger ehrenswert als der der Poilus – muß man im Gegenteil das Gesetz von 2012 ändern, damit der 11. November im Elsaß, im Herzen Europas, seine geschichtliche Besonderheit bewahre. Man muß überdies ein wahrheitsgetreues Unterrichten der Geschichte des Elsaß fördern, vor allem bei der jungen Generation, wie auch die Zweisprachigkeit, die einen wunderbaren kulturellen Reichtum darstellt. Unter diesem Gesichtspunkt fordert „Unsri Gschicht“ seit 2019 alle Bürgermeister auf, in ihrer elsässischen Gemeinde eine die Wirklichkeit derer, die von hier stammen, achtende Zeremonie des 11. November zu organisieren. Es ist nun an den Bürgermeistern, ihrem Gewissen folgend, damit aufzuhören, die Träger einer echten Staatslüge zu sein. Mag es auch der ideologischen Haltung von General Friedrich mißfallen.

Korsika: „Gegenüber dem jakobinischen tiefen Staat Gesicht zeigen“

In der Zeitschrift „Arritti“ (Ausgabe für die Woche vom 28. November bis zum 4. Dezember 2024) hat François Alfonsi zwei Gerichtsurteile kommentiert. Seine unter dem Titel „Faire face à l’État profond jacobin“ veröffentlichten Ausführungen werden im folgenden, leicht gekürzt, in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

An diesem Montag hat das Appellationsverwaltungsgericht in Marseille ein Ersturteil des Verwaltungstribunals in Bastia bekräftigt, das, von dem Präfekten Lelarge angerufen, das von der Versammlung Korsikas (Assemblée de Corse) einstimmig angenommene interne Reglement, wonach es den Gewählten Korsikas möglich sei, das Wort in korsikanischer Sprache bei gleichzeitiger Übersetzung ins Französische zu ergreifen, für nichtig erklärt hat. Und am heutigen Donnerstag, dem 28. November, im Augenblick, da diese Nummer des „Arritti“ erscheint, müssen fünf katalanische Bürgermeister aus dem gleichen Grund vor dem Appellationsgerichtshof in Toulouse erscheinen. Man muß das Urteil nicht erst abwarten, um schon im voraus zu wissen, daß auch sie verurteilt werden.

Diese bis zum Letzten gehende Haltung der französischen Verwaltungsrichter hat in Europa nichts Gleichartiges, und, wie es die Vorsitzenden des Exekutivrats beziehungsweise der Versammlung von Korsika in einer gemeinsamen Verlautbarung unterstreichen, wird diese „europäischen wie internationalen die Grundrechte auf sprachlichem Gebiet schützenden Texten widersprechende Entscheidung“ vor der europäischen und der internationalen Rechtsprechung angefochten werden müssen. Dazu werden sie zunächst vorschlagen, daß die Collectivité von Korsika einen Kassationsantrag stelle, da der Europäische Gerichtshof der Menschenrechte erst angerufen werden kann, wenn alle innerhalb eines Mitgliedsstaates vorgesehenen Rechtszüge durchlaufen sind. Es ist ein langer Gerichtsweg, der auf der internationalen Ebene für die korsikanische Sprache beginnt, aber es ist höchste Zeit, aus dem Stelldichein, in das uns die französische Verfassung und ihre Auslegung durch eine

mißbräuchliche Rechtsprechung einschließt, herauszutreten. Denn die Forderung „Die Sprache der Republik ist das Französische“, in Artikel 2 der Verfassung ausgesprochen, zieht nicht mechanisch das Verbot der anderen Sprachen nach sich, vor allem wenn ihr Gebrauch von einer gleichzeitigen Übersetzung ins Französische begleitet wird. Indem sie darüber in dieser Art entscheiden, drücken der Verfassungsrat (Conseil constitutionnel) und alle Gerichtsinstanzen, die dessen Vorgaben folgen, die Erwartungen des tiefen Staates aus, der seit dem 19. Jahrhundert auch nur die mindeste demokratische Entwicklung in dieser Frage verwehrt. […] Jenseits des Richterstandes hat Emmanuel Macron, Hexenmeister der Doppelsprache – je nachdem ob er auf dem Rednerpult vor der Versammlung Korsikas oder auf dem der Académie française steht –, im Pantheon der einzigartigen Sprache persönlich die Wichtigkeit, die darin liege, „diese einheimischen Sprachen, diese Mundarten (patois), diese verschiedenen Regionalsprachen, die noch bestehen (…], Werkzeuge der Teilung der Nation“, zu beseitigen, in Person theoretisch begründet. Und das Lustigste an dieser Leistung von Macron in der Académie française ist, daß er sich einige Augenblicke später nicht gescheut hat, die Französischsprecher in Québec zu grüßen und die Quebequer aufzurufen, durch durchgängige Verwendung der französischen Sprache gegen die Herrschaft des Englischen innerhalb eines überwiegend englischsprachigen Kanadas der „Uniformierung zu widerstehen“, wobei kein oder fast kein Journalist auf den haarsträubenden Widerspruch aufmerksam gemacht hat. Bei dieser Sprachenfrage, der Identitätsfrage schlechthin, für die Zukunft des korsikanischen Volkes wesentlich, stehen wir dem gegenüber, was die Welt für das Reaktionärste hält. Nur China geht noch so weit …

Regionalsprache im Arelerland

Im Alter von 72 Jahren ist Anfang Dezember 2024 Joseph Arens in Belgien gestorben. Der Bürgermeister von Attert und langjährige Abgeordnete im Brüsseler und Namürer Parlament hatte sich in seinem politischen Leben vor allem für die Belange der 20 000 deutschsprachigen Bewohner des Arelerlandes eingesetzt.

Auch in Alt-Belgien, und zwar in der Provinz Luxemburg, gibt es – was viele nicht wissen – ein Gebiet, wo ein deutscher, moselfränkischer Dialekt gesprochen wird. Das Gebiet hat aber – anders als Eupen-Malmedy – bisher keine kulturellen oder gar politischen Rechte als Region. Das Arelerland gehörte historisch immer zum Herzogtum Luxemburg und mit diesem zum Römisch-Deutschen Reich. 1815 wurde es als Teil des Großherzogtums Luxemburg Bestandteil des Deutschen Bundes und blieb dies bis 1839. Damals wurde der französischsprachige Westen des Großherzogtums Luxemburg von diesem abgetrennt und von dem erst wenige Jahre zuvor entstandenen belgischen Staat annektiert. Mit diesem abgetrennten Gebiet gelangte auch das nicht französischsprachige Arelerland an Belgien.

Aufgrund der zwei Weltkriege und deutscher Besatzungen ist jedoch in Alt-Belgien, anders als im Eupener Land, der Ruf nach sprachlicher Autonomie schon früh verstummt. Es hatte sich zwar 1976 ein Kulturverein ALAS (Areler Land a Sprooch) gegründet, aber politisch hatte niemand gewagt, die Frage der Kulturautonomie auf die politische Tagesordnung zu setzen. Erst Josy Arens sollte dies machen.

Der Sohn einer Pferdezüchterfamilie aus Post bei Attert war nach einem Jurastudium als Mitglied der Christdemokraten früh in die Lokalpolitik gegangen, als christdemokratischer Bürgermeister der Gemeinde Attert hatte Josy Arens erstmals Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung der moselfränkischen Regionalsprache erhoben. Arens, der von 1995 bis 2014 mit zwei kurzen Unterbrechungen Mitglied der belgischen Abgeordnetenkammer war, hat seinerzeit in der Brüsseler Abgeordnetenkammer erstmals eine Rede in seiner Areler Muttersprache gehalten. Dies erregte einiges Aufsehen.

Obwohl Deutsch seit 1973 eine der drei offiziellen Amtssprachen Belgiens ist, hat es dank einer ungünstigen Wahlkreiseinteilung bislang kein Abgeordneter aus den beiden deutschsprachigen Ostkantonen ins Brüsseler Nationalparlament geschafft, deshalb gibt es dort auch keinen Dolmetscherdienst für Deutsch. Allerdings haben die Deutschbelgier schon seit langem einen eigenen belgischen Abgeordneten im Europaparlament.

Mitgliedsbeitrag

Die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin-von-Steinbach-Stiftung werden gebeten, den
Jahresbeitrag für 2026
in Höhe von 20 EUR im Laufe der ersten Monate des Jahres 2026 auf das Konto der „Gesellschaft“ bei der Sparkasse Mittelthüringen
(IBAN DE84 8205 1000 0163 0748 28; BIC: HELADEF1WEM)
zu überweisen, soweit das nicht schon geschehen ist.
Bitte kein Bargeld und keine Schecks zusenden!

Wer den Beitrag für 2025 noch nicht entrichtet hat, möge das bitte nachholen.

Wer für im Jahre 2025 getätigte geldliche Zuwendungen eine Bestätigung benötigt und eine solche noch nicht erhalten hat, möge sich bitte an die
Geschäftsstelle wenden, am besten auf elektronischem Wege:
rudolfbenl@online.de

Dank Arens wurde Moselfränkisch Minderheitensprache Belgiens

Als Folge der Rede von Arens im Brüsseler Parlament wurden von der wallonischen Regierung, die auch für die Provinz Luxemburg und damit für das Arelerland zuständig ist, Wallonisch, Picardisch und Luxemburgisch/ Moselfränkisch, das im Areler Land noch von rund 20 000 Menschen gesprochen wird, als Regionalsprachen anerkannt. Auch im wallonischen Parlament in Namur, wo Arens seit 2014 Abgeordneter war, hat er öfters Reden in seiner Muttersprache gehalten und sich damit Rufe zur Ordnung eingeheimst, da Deutsch in diesem Parlament nicht zugelassen ist. Arens bemängelte vor allem, daß trotz des neuen Gesetzes im Budget des Kulturministeriums der Französischsprachigen Gemeinschaft, zu der das Arelerland gehört, nur ein paar Krümel an Fördergeldern für die Regionalsprachen vorgesehen waren.

60 Prozent der im Areler Land lebenden Erwerbstätigen gehen heute im Großherzogtum Luxemburg zur Arbeit. Arens konnte sich nur schwer vorstellen, daß das Areler Land, sollte Belgien auseinanderfallen, in einem unabhängigen Wallonien oder gar in Frankreich seine Zukunft sehen würde. Als allerdings die Partei Vlaams Belang 2017 im Brüsseler Parlament das Thema der Kulturautonomie für das Arelerland, die auch von luxemburgischer Seite mehrmals erhoben wurde, vorgebracht hatte, wollte Josy Arens diese politische Partei dabei nicht unterstützen. Er kämpfte bis zu seinem Tode allerdings dafür, daß Belgien die Europäische Charta für Minderheitensprachen ratifiziere, was die Voraussetzung dafür wäre, daß man Gelder für Minderheitensprachen einklagen könnte.

Daß das Areler Land zu Belgien gehört, ist insofern ein geopolitischer Fehler der Geschichte, als bei der Abtretung der französischsprachigen Gebiete Luxemburgs an Belgien die Grenze stellenweise nicht nach den sprachlichen Gegebenheiten gezogen wurde. Frankreich hatte nämlich bei der Londoner Konferenz von 1839 verlangt, daß die strategisch wichtige Straße, die von Longwy in Richtung Lüttich und Brüssel führt, zukünftig auf belgischem Territorium und nicht auf deutschem Bundesgebiet liege. Es ist die berühmte Nationalstraße vier. Dieser französischen Forderung wurde nachgegeben, und so wurde von dem Prinzip, daß Sprach- und Landesgrenze identisch sein sollten, bei Arel (Arlon) eine Ausnahme gemacht.

Bodo Bost

Streit um Metzer Parallelwelt-Großmoschee

Das an der Mosel liegende Metz blickt auf eine 3000 Jahre währende Geschichte zurück: Hier lag eine keltische Siedlung der Eisenzeit, Mettis war eine bedeutende gallische und römische Stadt, dann war Metz die fränkische Hauptstadt der Merowinger in Austrasien, der Ursprungsort der Karolingerdynastie und eine Geburtsstätte des Gregorianischen Gesangs. Es ist eine Stadt, die von der französischen, aufgrund ihrer Lage und Geschichte aber auch von der deutschen Kultur geprägt ist.

Das bedeutendste Bauwerk der an Kirchen reichen Stadt Metz ist die dem hl. Stephan geweihte Kathedrale mit den größten Glasfenstern der Welt. Diese Stadt, die für ihr christliches Erbe berühmt ist, soll jetzt eine große Moschee, die „Große Moschee“ von Metz, bekommen, die sich schon seit einem Jahr im Bau befindet. Dort sollen nicht nur Gebetsräume entstehen, sondern auch Schulungsräume, Bäder, eine Einkaufsmeile usw., kurz eine eigene muslimische Parallelstadt inmitten von Metz. Aufgrund ihrer Größe und ihres Standorts wird die Große Moschee nach ihrer Fertigstellung das bisher christlich geprägte Gesicht der Stadt verwässern. Tausende von Muslimen werden zu den täglichen Gebeten, den islamischen Freizeiteinrichtungen und den Freitagspredigten kommen. Dabei gibt es bereits mehrere Moscheen in der Stadt, aber keine ist auch nur annähernd so groß wie die im Bau befindliche Moschee.

Die Bürger von Metz sind über die Absicht ihres Bürgermeisters François Grosdidier, die Moschee und die darum befindliche Parallelwelt finanziell mit fast einer halben Million Euro aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen, schockiert. Dies verstößt gegen den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat, die in dem in Frankreich geltenden Laizismus verankert ist, und ist besonders beunruhigend, wenn man bedenkt, daß die Stadt es versäumt hat, ähnliche Finanzmittel für alte Kirchen bereitzustellen, die sich in einem sehr baufälligen Zustand befinden. Auf dem Gebiet des ehemaligen Elsaß-Lothringen sind, da der Landesteil bei der Einführung des Laizismus im Jahre 1905 zu Deutschland gehörte, als Lokalrecht weiterhin das Konkordat von 1801 sowie das Staatskirchenrecht, das bis 1918 im Reichsland Elsaß-Lothringen angewandt wurde, gültig, doch schließt das Staatskirchenrecht nur die beiden christlichen Kirchen und das Judentum ein. Vom Islam war vor einhundert Jahren noch gar keine Rede. Der Aufforderung einer Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau der Großmoschee wendet, die Finanzierung der Restkosten offenzulegen, ist die Moscheegemeinde bislang nicht nachgekommen.

Grosdidier gehört der zentristischen Partei Frankreichs an. Er gehört zu den europäischen Politikern, die im Interesse der Vielfalt entschlossen sind, muslimische Wirtschaftsmigranten willkommen zu heißen und ihren Wünschen mit großer Aufmerksamkeit zu begegnen. Die Tausende von muslimischen No-Go-Zonen in Europa, in denen Nicht-Muslime nicht willkommen sind und in denen sogar die Vertreter des Staates wie Feuerwehrleute, Polizisten und Rettungsdienste Angst um ihr Leben haben müssen, sind der deutlichste Indikator für die Unfähigkeit und den Unwillen der Muslime, sich in eine Gesellschaft zu integrieren, die nach ihrer Ansicht von „Ungläubigen“ gebildet wird.

Auch Straßburg hat mittlerweile eine neue Großmoschee erhalten, dort hatte sich die Stadt nach einem Streit allerdings aus der Finanzierung zurückgezogen.

Die bevölkerungsreichste Stadt des Oberelsaß, Mülhausen, hat gar vor einigen Jahren die größte Moschee Frankreichs erhalten, allerdings vollständig von der Muslimbruderschaft aus Katar finanziert.

Bodo Bost

Zukunft für die lothringischen Dialekte?

Der lothringische Kulturverein Schick‘ Lothringen versucht mit einer sonoren Dialektkarte online die Vielfalt deutschlothringischer Dialekte zu dokumentieren, um den Dialekten eine Zukunft zu sichern.

Schick‘ Lothringen ist die im Departement Moselle tätige Sektion des Kulturvereins René-Schickele-Gesellschaft/Culture et Bilinguisme d‘Alsace et de Moselle, des wichtigsten Vereins zur Förderung der Regionalsprache in Deutsch-Lothringen und im Elsaß, der 1968 gegründet worden ist. Schick‘ Lothringen setzt sich im Mosel-Departement für die Regionalsprache in ihren beiden Formen, den Dialekten (Ditsch, Dèitsch, fälschlich auch „Platt“ genannt) und der Standardsprache (Hochdeutsch), ein. Jetzt hat der Verein auf seiner Homepage einen Teil seiner sonoren Dialektkarte des deutschsprachigen Lothringen eingestellt. Es handelt sich um Sprachaufnahmen aus dem südlichen Teil des Departements Moselle. Dort kann man 101 Audio-Aufnahmen von Dialekttexten aus insgesamt 87 Ortschaften, die entlang der Sprachgrenze von Diedenhofen im Nordwesten bis zum elsässischen Schirmeck im Südosten liegen, abhören. Die Texte sind Märchen, persönliche Erinnerungen, Gedichte und Volkslieder, die in der jeweiligen dialektalen Eigenart des Ortes von einem Dialektsprecher gelesen werden.

Schick‘ Lothringen arbeitet dabei mit dem Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas der Philipps-Universität Marburg/Lahn zusammen. Diese Einrichtung verfügt auch über in den 40er Jahren gemachte Mundartaufnahmen aus Deutsch-Lothringen und dem Elsaß, die noch nicht digitalisiert sind. Schick‘ Lothringen hatte sich, bevor man sich nach Marburg wandte, an die aus dem Zusammenschluß der Universitäten Metz und Nancy gebildete Université de Lorraine gewandt. Doch hat man dort dem Vorhaben der sonoren Sprachkarte von Deutsch-Lothringen die kalte Schulter gezeigt.

Bei einigen Aufnahmen der Dialektkarte handelt es sich sogar um historische Aufnahmen aus dem Liederschatz von Pfarrer Louis Pinck und seiner Schwester. Der 1873 in Lemberg im Bitscherland geborene Pinck war katholischer Priester und wirkte ab 1908 als Pfarrer in Hambach bei Saargemünd. Dort führte er eine systematische Erforschung des lothringischen und luxemburgischen Volkslieds durch. Als Befürworter einer Weiterführung des Deutschunterrichts empörte er sich nach 1918 über die französische Sprachpolitik in der Schule und entzweite sich auch mit dem Abgeordneten Robert Schuman. Wegen seiner Stellungnahmen wurde er im Jahre 1928 sogar gerichtlich belangt. Im Sommer 1932 traf er sich in Straßburg mit Edith Stein, die lange in Bergzabern in der Pfalz in der Nähe der Grenze des Elsaß gelebt hatte. Bis zur Evakuierung der elsaß-lothringischen Grenzbevölkerung ins Innere Frankreichs widmete sich Pinck unentwegt der Seelsorge. Aus der Charente kehrte er nach dem Waffenstillstand im Juli 1940 „krank und arm in ein verwüstetes Pfarrhaus“ zurück. Er starb im Dezember 1940 und wurde auf dem Hambacher Friedhof beerdigt.

Anhand der Aufnahmen kann man sich ein Bild von dem Reichtum und der Vielfalt der lothringischen Sprachlandschaft machen. Ähnlich wie im Saarland und in Luxemburg hat dort kein Dorf den gleichen Dialekt. Aufgrund einiger importierter Dialektvarianten, zum Beispiel derjenigen der Glasbläserdörfer im Bitscherland, kann man noch die sprachliche Herkunft der Siedler erkennen. Wie das Saargebiet war auch Lothringen durch den Dreißigjährigen Krieg in großen Teilen entvölkert worden. Nachdem der Krieg 1648 geendet hatte, kamen Leute aus Tirol, Bayern und der Schweiz, wo der Krieg – der als Religionskrieg begonnen hatte und als Machtkampf von Frankreich und Schweden endete – weniger verlustreich gewütet hatte, auch nach Lothringen. In manchen Orten läßt die Mundart die ehemalige Territorialherrschaft erkennen. So gelten die Dialekte um Saarunion (Bockenheim und Neu-Saarwerden), das einst zur Herrschaft Saarbrücken-Saarwerden gehörte, als sehr stark vom Saarländischen beeinflußt.

Im Hintergrund der sonoren Dialektkarte steht auch die Absicht, mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz die kulturtragenden Dialekte für die Nachwelt zu erhalten. Deshalb gibt es neben den Audioaufnahmen auch Aufnahmen von Videos (Theater, Reportagen, Fernsehsendungen) und Tonaufnahmen (Radiosendungen, Interviews, Lieder) in moselländischen Dialekten, die auch Kinder und Schüler ansprechen sollen. In der jungen Generation sind die Dialektkenntnisse in manchen Gebieten Deutsch-Lothringens nahezu ausgestorben – eine Folge der französischen Schul- und Sprachpolitik. Deshalb kämpft eine andere Sektion des Vereins Schick‘ Lothringen für den Erhalt beziehungsweise die Einführung des Deutschunterrichts in den Schulen.

Bodo Bost

Lothringische Sprichwörter:

„Donn laaft die Saar uf Saageminn.“

Dies bedeutet wörtlich: „Dann läuft die Saar auf Saargemünd.“
Es ist ein poetischer Ausdruck, der die Nähe und Verbundenheit mit dem Fluß und der Stadt Saargemünd (Sarreguemines).

„S’ lothringisch Herz isch in dery Sticker“

Dieses Zitat ist von Lucien Schmidthaeussler und beschreibt das Herz Lothringens: „Das lothringische Herz ist in den Stickern [also der Stickerei-Region].“ Es verweist auf die kulturelle Identität, die mit der Tradition und dem Handwerk der Region verbunden ist.

„abeng!“

Dies ist ein Ausdruck für „also“ oder „nun denn“ und wird als Ausruf der Einleitung verwendet, um eine Aussage zu beginnen oder eine Handlung anzukündigen, laut dem Wörterbuch der deutsch-lothringischen Mundarten.
Ein Beispiel dafür ist „Abeng! gehscht de mat?“ („Also! Gehst du mit?“).

Katalonien, Korsika, Martinique und Katalonien: Parallelen und Unterschiede zum Elsaß

Zu Beginn des Jahres 2025 hat sich die Arbeitsgruppe „Langues de France“ unter der Ägide des „European Language Equality Network“ (ELEN) zu einer Tagung getroffen. In dieser Arbeitsgruppe arbeiten mehrere Juristen mit. Das Elsaß und Mosellothringen wird darin durch die René Schickele-Gesellschaft/Association Culture et Bilinguisme d’Alsace et de Moselle vertreten. An der Tagung nahm auch Davyth Hicks, der Generalsekretär von ELEN und Elena Jimenez i Botias, die Vizepräsidentin, teil. Sie ist auch Mitglied des mit internationalen und juristischen Angelegenheiten betrauten Verwaltungsrates von Òmnium Cultural (Barcelona).

Bei der Tagung ging es u. a. um die Frage der Verwendung von Regionalsprachen durch Gebietseinheiten Frankreichs und um die Mißachtung der loi Molac durch Verweigerung von Pauschalzuschüssen für Immersionsschulen von seiten einiger Gemeinden.

Katalonien: Auf eine Appellation mehrerer Gemeinden hat der Verwaltungsappellationshof (Cour administrative d’appel) in Toulouse die Entscheidung der ersten Instanz bestätigt: „Indem den Gemeinderäten erlaubt wird, im Laufe der Sitzungen des Gemeinderats sich in einer anderen Sprache als in der französischen auszudrücken, verkennt der angefochtene Beschluß den Artikel 2 der Verfassung, selbst wenn er – beiläufig mit sehr ungenauen Verfahrensweisen – die Verpflichtung vorsieht, die Äußerungen mit einer Übersetzung ins Französische zu begleiten.“ Die Sache wird vor den Conseil d’État, das Verfassungsgericht, gebracht werden.

Korsika: Nach der zurückweisenden Entscheidung des Appellationshofes in Marseille, die Beschlüsse der Gebietskörperschaft von Korsika betreffend, wird der Territorialrat von Korsika die Sache vor dem Conseil d’État fortsetzen (von dem eine ablehnende Entscheidung zu erwarten ist), um den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte in Anspruch nehmen zu können. Die Rechtswege im Staatsinneren müssen erschöpft sein, wenn man diesen Gerichtshof in Anspruch nehmen will.

Martinique: Durch ein Urteil vom 3. Oktober 2024 hat das Verwaltungsgericht in Fort-de-France den Beschluß der Versammlung von Martinique vom 25. Mai 2023 annulliert, der die kreolische Sprache als amtliche Sprache von Martinique anerkannte. Der Präfekt von Martinique hatte die Gebietseinheit von Martinique aufgefordert, den Beschluß zurückzuziehen, dann eine Berufung an das Verwaltungsgericht eingelegt.

Bretagne: Im Regionalrat der Bretagne sieht die innere Regelung von 2022 vor, daß, wenn sich die Gewählten auf bretonisch oder auf gallo ausdrücken, eine gleichzeitige Übersetzung ins Französische gewährleistet ist. Diese Formulierung ist bisher nicht angefochten worden. Dennoch kann der Präfekt jederzeit Mitteilung über die Akten verlangen und sie innerhalb von zwei Monaten vors Verwaltungsgericht bringen.

Seit 2021 verpflichtet die loi Molac die Gemeinden, die über keine zweisprachigen Schulen verfügen, einen Pauschalbetrag für die in außerhalb ihrer Heimatstadt gelegenen Einrichtungen in ihrer Regionalsprache unterrichteten Schüler zu leisten. Die Präfekten der bretonischen Departements, daran mehrmals erinnert, halten sich im allgemeinen daran, insbesondere im Finistère. Allerdings sind mehrere Gemeinden störrisch oder werfen unehrliche Beträge aus. Rechtlich gesehen, kann der Präfekt den Gemeinden keinen Betrag auferlegen und sie auch nicht zur Zahlung zwingen. Er hat nur eine vermittelnde Rolle. Der bretonische Schulverein DIWAN wird deshalb in einigen Fällen das Verwaltungsgericht anrufen.

In Katalonien führen mehrere Gemeinden, die nur die Einführung von zwei Monatsstunden in katalanischer Sprache vorschlagen, dennoch diesen Unterricht ins Feld, um die Zahlung der Schulpauschale zu verweigern. Eine hierin von dem ehemaligen Premierminister Jean Castex unterstützte Senatorin aus den Ostpyrenäen wird demnächst der Regierung eine diesbezügliche Frage stellen. Castex steht mit den katalanischen Vereinigungen in Verbindung und wird Elisabeth Borne, die neue Erziehungsministerin, für diese Frage empfänglich machen.

(Quelle: ’S Lothringer Blättel, Nr. 13 vom März 2025)

Ein Verfechter der Bretonischen ist verstorben

Am 2. Februar 2025 ist Job an Irien, Priester der Diözese Quimper, ein glühender Verfechter der bretonischen Sprache, im Alter von 87 Jahren verstorben. Joseph Irien – so nach dem französischen Standesregister – wurde 1937 in Bodilis geboren und 1962 zum Priester geweiht. 1984 beauftragte ihn sein Bischof damit, in Tréflévénez das bretonischsprachige geistliche Zentrum Minihi Levenz zu gründen. Job an Irien ist Verfasser zahlreicher Liederbücher und Werke über die bretonische Spiritualität und die bretonischen Heiligen. Er gehörte zu den Priestern, die ihr Leben der Bewahrung der heiligen Messe in bretonischer Sprache geweiht haben. Das 2. Vatikanische Konzil hat zugestanden, daß die Messe in der Volkssprache gefeiert werde, doch anstelle des Bretonischen, das damals in der westlichen Hälfte der Bretagne noch die hauptsächlich gesprochene Sprache war, hat man überall das Französische auferlegt. Gleiches gilt – von der rühmlichen Ausnahme des Baskischen abgesehen – für die anderen Regionalsprachen Frankreichs. Und die ohnehin seltenen Bitten um die Gewährung von Messen in diesen Sprachen werden von den Diözesen oftmals noch härter zurückgewiesen als die Bitten um die Gewährung der traditionellen Messe, der sogenannten tridentinischen Messe. Auf Korsika sollten die Meßfeiern ab 2018 von einer amtlichen Übersetzung des

Missale diesbezüglichen Nutzen ziehen, aber offensichtlich ist es damit nichts geworden. Die Universität von Korsika hat 2024 dem Bischof von Ajaccio, Bustillo, den gleichen Vorschlag unterbreitet und eine Übersetzung der Bibel beigefügt, um die Sache endlich voranzubringen.

„Ar Gedour“, das bretonische katholische Aktualitätenportal, hat einen Nachruf auf Hochwürden Job an Irien veröffentlicht, und da dieser am Tage von Mariä Lichtmeß verstorben ist, an dem das „Nunc dimittis“ des alten Simeon (Lukas 2,29–32) bei der Komplet nachdrücklicher als an den anderen Tagen gesungen wird, dieses Gebet in bretonischer Sprache veröffentlicht:

„Bremañ, o Mestr, lezit ho servijer, hervez ho komz, da dremen e peoc’h; Rak gwelet o deus va daoulagad ho silvidigezh, an hini hoc’h eus aozet dirak an holl bobloù, Gouloù da sklêrijennañ ar broadoù ha gloar evit ho pobl Israel.“

„Ar Gedour“ erinnert daran, daß dieser Priester 1954 an einer Veranstaltung von „Bleun Brug“ („Heideblume“) teilgenommen habe, was für ihn entscheidend gewesen sei. Er habe die Kinder und Heranwachsenden an den Schulwettbewerben von „Bleun Brug“ teilnehmen lassen und dabei Michel Scouarnec kennengelernt, mit dem er Lieder geschrieben habe. „Über diese außerschulischen Betätigungen lernten die Kinder Bretonisch, denn der Raum für diese Sprache in der Schule war gleich Null.“ Als Schulgeistlicher am Lycée Harteloire in Brest habe er versucht, den Schülern seine Werte, die bretonische Geschichte, Sprache, Musik und Literatur, zu vermitteln. Er habe auch zu den Anregern der „Cahiers du Bleun Brug“ gehört, wozu er auch selbst viele Texte beigetragen habe. Die Zeitschrift erlosch 1984.

1984 sei auf Wunsch von Jugendlichen nach einem bretonischsprachigen Einkehrort mit Unterstützung von Bischof Barbu und Generalvikar Gourvès gemeinsam mit Job an Irien Minihi Levenez gegründet worden, ein Ort, wo der Glaube und das Bretonische, zwei Geschwister, gefördert werden konnten. Viele Kinder, Jugendliche und Eltern, vor allem aus dem „DIWAN“, dessen Geistlicher Job an Irien gewesen sei, hätten die Einrichtung besucht. 1997 habe er ein Missale in bretonischer Sprache veröffentlicht. Minihi Levenez habe danach weitere Übersetzungen liturgischer Texte, vor allem einen Teil des Breviers, und jüngst den Psalter auf bretonisch herausgegeben.

„Ar Gedour“ führt weitere Verdienst von Job an Irien um die Erhaltung und Verbreitung des Bretonischen auf. Das Institut culturel de Bretagne habe ihm 2007 zu Recht den „Collier de l’Ordre de l’Hermine“ verliehen und so seine Lebensarbeit für Gott und die Bretagne gewürdigt.

Ein aus Lothringen stammender amerikanischer Bischof: Nicholas Matz

„’S Lothringer Blätt’l“, das Mitteilungsblatt von „Schick Lothringen“, hat in seiner Ausgabe 12 an den aus Lothringen stammenden US-amerikanischen Bischof Nicholas (Nicolas) Matz erinnert.

Matz erblickte am 6. April 1850 als Sohn von Anton Matz und Marie Anne Boul in Münster im Kanton Albesdorf (damals Departement Meurthe) das Licht der Welt. 1865 begann er mit seiner gymnasialen Schulbildung im Kleinen Seminar zu Finstingen. 1868 wanderte er mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten von Amerika aus. Man ließ sich in Cincinatti (Ohio) nieder. Diese Stadt war damals ein sehr beliebter Niederlassungsort für deutschsprachige Einwanderer. Stellten die Deutschsprachigen dort 1830 nur 5 % der Einwohner dar, waren es zehn Jahre später schon 30 %. Die Zahl verdoppelte sich dann und erreichte in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt.

Matz studierte im Seminar Mount St. Mary’s of the West. 1869 trat er auf Vorschlag des aus Frankreich stammenden Bischofs Joseph Projectus Machebeuf in das neugegründete Apostolische Vikariat von Colorado

über. Dort wurde er 1874 zum Priester geweiht. Er diente dann bis 1877 als Vikar an der Kathedrale von Denver und wurde in diesem Jahre Pfarrer an der Kirche Notre-Dame de Lourdes in Georgetown im Staate Colorado, wo er eine Kirche, eine Pfarrschule und ein Krankenhaus errichten ließ. 1885 kehrte er nach Denver zurück. Papst Leo XIII. ernannte Matz zum Koadjutor des Bischofs von Denver. Die Bischofsweihe erhielt er von Erzbischof Jean-Baptiste Salpointe. Als Machebeuf 1889 starb, folgte ihm Matz 1889 als zweiter Bischof von Denver.

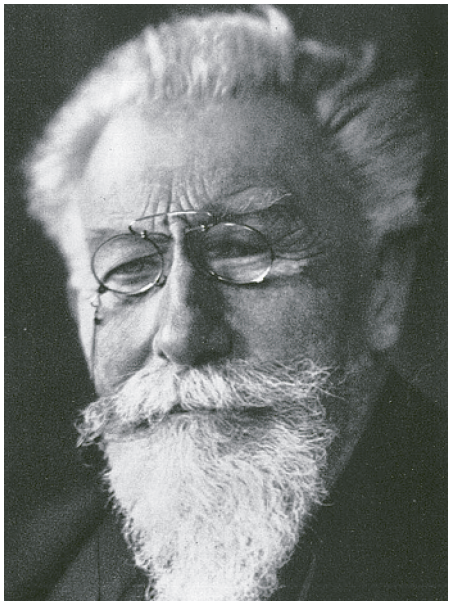
1907 geriet Matz in einen langwährenden, viel Aufsehen erregenden Streit mit einem sehr Diözesanpriester, Carrigan, wegen eines von diesem begonnen, doch vom Bischof nicht genehmigten Kirchenbaus. Nachdem Matz den widerspenstigen Priester exkommunziert hatte, schaltete sich der Apostolische Delegat in Washington ein. Ein Kompromiß wurde erzielt: Die Exkommunikation wurde aufgehoben, und Carrigan willigte in seine Versetzung in eine andere Pfarrei ein. Da zwei Priester irischer Herkunft, Culkin und Cushing, die Matz verdächtigen, er sei den irischen Priestern übelgesinnt, gegen ihn die Presse und Politiker in Bewegung brachten, war Matz gezwungen, den Schutz der Polizei zu fordern.

Während der 28 Jahre seines bischöflichen Dienstes legte Matz ganz besonderen Wert auf die katholische Erziehung der Jugend.

Er gründete Dutzende von Pfarrschulen und forderte von den Eltern, daß sie ihre Kinder auf katholische Schulen schickten.
1905 gründete er das Seminar Saint Thomas, das von Lazaristen betreut wurde. Er errichtete 34 neue Pfarreien und rief eine Diözesanzeitung ins Leben. Zu den Gewerkschaften, vor allem der Western Federation of Miners, stand er in heftigem Gegensatz.
1902 wurde der Entschluß gefaßt, in Denver eine neue Kathedrale zu errichten, die der Unbefleckten Empfängnis geweiht sein sollte. Matz erinnerte sich an seine Kindheit und verlangte, daß die St.-Nikolaus-Kollegiatkirche in Münster, ein Bau aus dem 14. Jahrhundert mit zwei im 19. Jahrhundert in historistischem Stil angefügten Türmen, für die Kathedrale als Vorbild diene. Tatsächlich folgte die neue Kirche frei der gotischen Kollegiatkirche in Lothringen. Entworfen wurde sie von Leon Coquard, doch wurde der Bau dann von Aaron Gove und Thomas Walsh ausgeführt.
Krankheitshalber übertrug Matz die Leitung der Diözese Denver seinem Generalvikar. Er starb, 67jährig, im St.-Anthony-Krankenhaus in Denver. Zwei Schwestern, Elisabeth Matz, die seine Haushälterin gewesen war, und Marie Matz-Mayers, die im Staate Indiana wohnte, überlebten ihn. In seinen letzten Lebensstunden hatte er einem Besucher gesagt: „Sagt den Priestern, daß ich keinem Feind bin.“

Ein Tiroler in Straßburg

Der vormalige Prager und Göttinger, später Straßburger und noch später Berliner Universitätsprofessor der Anglistik Alois Brandl (1855–1940) stammte aus Tirol und war ein sehr namhafter und bedeutender Anglist. Heute noch lesenswert ist beispielsweise seine umfangreiche biographisch-literaturhistorische Studie über den englischen Schriftsteller und Poeten Samuel Taylor Coleridge (1772–1832).[1]
Brandl war aus dem österreichischen Innsbruck gebürtig und sehr „großdeutsch“ gesinnt.[2] Brandls Vater war Deutschböhme, den es nach seinem Militärdienst als unteren Postbeamten nach Innsbruck verschlagen hatte. Mütterlicherseits entsprang Brandl einer alten Tiroler Müllerfamilie.
Sein Urgroßvater Thomas Unterberger war zwar sehr unfreiwillig österreichischer Soldat geworden, hatte sich unter dem aus den Kriegen gegen Friedrich den Großen bekannten österreichischen General Laudon trotzdem militärisch ausgezeichnet. So nahm er 1789 vor den Toren der Festung Belgrad einen hohen türkischen Offizier gefangen. Bei der Gelegenheit wurden ihm drei Finger der linken Hand abgehauen, deren einen ihm ein Feldscher wieder annähen konnte, allerdings in der Eile mit der Fingeraußenseite nach innen. In den Kriegen gegen Napoleon um 1800 organisierte der findige Thomas Unterberger den Militärkundschaftsdienst in Vorderösterreich. Beim Goldschmied Dornagl im vorderösterreichischen Waldsee (heute Württemberg) deponierte er deshalb die Goldsäckchen für seine Konfidenten und sammelte bis ca. 1803 militärische Informationen über Frankreich. Unterberger soll von rhätischer Herkunft gewesen sein – so behauptet jedenfalls sein Urenkel Brandl –, worauf sein in der Familie vererbtes lebhaftes Temperament und seine dunklen Augen und Haare verwiesen hätten.[3]
Seinerzeit war im kaiserlich-königlichen Österreich ein Studium und gar eine Habilitation in Anglistik mit nachfolgender Universitätsprofessur noch sehr ungewöhnlich. Brandl



Prof. Dr. Alois Brandl

erlernte als junger Gymnasiast in Innsbruck das im damaligen Tirol auch in gebildeten Kreisen kaum verbreitete Englische im Privatunterricht und konnte Englisches ganz gut lesen und übersetzen. Als er aber zum ersten Mal als Studiosus in England weilte, verstanden ihn die Engländer nicht und er sie auch nicht.
Doch richten wir unseren Blick auf Straßburg mit seiner Universität, wohin ihn der junge wissenschaftliche Begabungen erfolgreich protegierende Ministerialrat und Hochschuldezernent im preußischen Kultusministerium Friedrich Althoff nach vorangegangener erfolgreicher Lehrtätigkeit an der Universität Göttingen zu Ostern 1892 auf eine Universitätsprofessur vermittelte. In Straßburg war der dortige Anglist, Professor Bernhard ten Brink, verstorben und dem preußischen Hochschuldezernenten Althoff schien der noch junge Professor Brandl ein völlig geeigneter Nachfolger zu sein.[4]
Alois Brandl stellte nach seiner Ankunft in Straßburg staunend fest: „Erst als ich in Straßburg unter das hohe Hallengewölbe des Erwin von Steinbach und hiermit auf den Pfad des jungen Goethe trat, wurde ich mir bewußt, wieviel ich im idyllischen, aber kunst- und geschichtsarmen Göttingen vom höheren Menschendasein vermißt hatte …“. Und der sachkundige Anglist Brandl erinnerte sich eines alten deutschen Sprichwortes aus der Renaissancezeit:

Nürnberger Witz,
Straßburger G´schütz,
Augsburger Geld
Regieren die Welt.

Aber an das leuchtende Bild des literarisch überlieferten, renaissancezeitlichen deutschen Straßburg schien ihm die Gegenwart des Jahres 1892 nicht anknüpfen zu können. Brandl stellte leicht enttäuscht fest: „Mauern und Namen waren noch da, ein anheimelnder Dialekt und eine blühende Dialektdichtung, aber fast nichts vom genius loci. In den alten Patrizierhäusern der Innenstadt sah man noch gewundene Fenstersäulen, aber auch so veraltete Lebensgewohn-

heiten, wie daß z. B. morgens ein ominöser Wagen vorfuhr, um die Hauskübel abzuholen.[5] Vergebens suchte ich im ehrwürdigen Thomasstift nach literarischen Resten aus der Zeit von Bucer.[6] Vergebens hoffte ich auf elsässische Hörer – sie studierten evangelische Theologie oder die praktischen Fächer der freien Berufe, allenfalls auch klassische Philologie, aber Englisch lag ihnen völlig ferne. Also ging ich zu den Elsässern. In die Bürgerkreise kam ich nicht, einfach weil die deutsche Regierung, die sich übermäßig auf die Zusammenarbeit mit den Notabeln eingestellt hatte, mir wie allen Einwanderern das elsässische Bürgerrecht versagte; solange ich in Straßburg war, mußte ich preußischer Bürger bleiben …".[7]
So wanderte Brandl wenigstens fleißig durch die Vogesen, machte als Kenner des vorarlbergischen Dialekts nunmehr bei Forstleuten, Holzfällern und Tagelöhnern elsässische Dialektstudien und ließ sich vom Bibliothekar Euting,[8] der zu den Gründern des Vogesen-Clubs gehört hatte, in dessen Arbeit einbeziehen und las die ihm von Euting diesbezüglich empfohlene Literatur.
Über die Universität und das moderne Universitätsviertel „Neu-Straßburg" schrieb Brandl: „Neu-Straßburg wirkte glänzend nach außen. Das Reich hatte zuerst einen Wasserturm mit Spülnetz gebaut, das die übelriechenden Gassen sanierte; dann eine Ringbefestigung errichtet, die den Bürgern weitgehende Sicherheit versprach; und dann vor dem Nordosttor der Stadt, knapp neben nutzlos gewordenen Verteidigungskanälen, die sich dort zu meiner Zeit noch dehnten, eine ebenso großartige wie arbeitskräftige Universität erstellt. Mit einem Aufwande wie für keine seiner altheimischen Hochschulen. Wie war da nicht nur für Hörsäle, sondern auch für intime Seminare und frei zugängliche Versammlungsplätze gesorgt! Selbst für die berüchtigte Hitze eines Straßburger Sommers, die einst Wilhelm Scherer zum Vorlesen in Hemdsärmeln gezwungen hatte,[9] war maschinelle Linderung vorgesehen. Und an den Universitätskomplex reihte sich im Norden bis an die Grenze des schnakenreichen Dorfes Wanzenau eine entzückende Villenvorstadt, wo man jetzt gesund wohnen und auf schnakenfreien Balkonen bis Mitternacht wissenschaftliche Gespräche führen konnte. Eine moderne Art zu leben und zu arbeiten verkörperte sich vor den Augen der erbgesessenen Patrizierfamilien, die mühsam ihr von den Parisern belächeltes Französisch zu erhalten suchten."
Über die in Straßburg einströmenden „Altdeutschen" meinte Brandl: „Das reichsdeutsche Bürgertum hatte die Straßburger Aufgabe hellsehend begriffen und war so zahlreich eingewandert, daß bereits 15 % der Altbevölkerung durch sie ersetzt waren. Es schien, als sollte die elsässische Frage wenigstens für die Stadt Straßburg in absehbarer Zeit durch Kolonisation erledigt werden. Zahlreiche Kapitalisten kamen ins Land, bauten Häuser, gründeten blühende Geschäfte, brachten ihre Sitten, z. B. den Kölner Karneval, mit sich und füllten an Sommertagen auch die Landwirtshäuser. Mit der Regierung waren sie nicht immer zufrieden, aber ihre Zeitungen schrieben kerndeutsch und voll arbeitsfroher Zuversicht. Ihre Söhne, zusammen mit Wandervögeln aus Baden, Berlin und den Hansestädten, bevölkerten die Hörsäle der theoretischen Fächer; diese Studentenschaft war ausgezeichnet in jeder Hinsicht und versprach dem Lande eine sonnige Zukunft. Die wissenschaftlichen Kollegen arbeiteten fruchtbringend in den Seminaren und Instituten, mit denen man sie beglückt hatte. Für ihr weiteres Wohl sorgte eine Unterrichtsverwaltung, an deren Spitze der menschenkundige Kurator Hoseus stand,[10] mit einem wohltätigen Sonderfond. Die Universitätsbibliothek war so freigiebig bedacht und geführt, daß jede Woche zwei große Kisten Bücher an die ärmeren Nachbarhochschulen Badens abgingen. Die Rücksichtnahme, die ihr Direktor Barack auch meinem Fache zuwandte,[11] ging so weit, daß fast alle anglistischen Bücher in einem einzigen Saal mit zwei Stockwerken untergebracht waren, was viel Zeitersparnis bedeutete. Niemand ließ sich durch das Treiben der wenigen Französlinge stören; als einmal eine Straßendemonstration stattfand, die mich Neuling zu Barack trieb, sagte dieser, ohne von seinen Bücherzetteln aufzusehen: ‚Dafür sind eigene Leute da.'"
In Straßburg kam Alois Brandl auch in nähere Bekanntschaft mit Karl Trübner, dem Inhaber eines Straßburger Verlags namentlich für wissenschaftliche Literatur. Bei ihm war bereits 1886 Brandls Coleridge-Studie erschienen. Der namhafte Philologe Wilhelm Scherer hatte einige Jahre zuvor beim Verleger Trübner ein Projekt angestoßen, das darauf abzielte, in einer Vielzahl von Bänden einen „Grundriß der neueren Philologie", den einzelnen Ländern gewidmet, herauszugeben. Der für England begeisterte Professor Brandl ließ sich von Trübner gern dafür gewinnen, den Band zu England, insbesondere unter Berücksichtigung der Anfänge der englischen Literatur und der englischen Balladen, zu verfassen. Brandl ahnte nicht, daß ihn dieses Buch 15 Jahre in Anspruch nehmen würde, weil erstaunlicherweise in England Basisstudien seinerzeit dazu fehlten und Engländer sich überhaupt ganz selten mit derartigen Forschungen befaßten.
Im Elsaß und an der Universität Straßburg durchlebte Alois Brandl jedenfalls eine glückliche Zeit, zumal sich hier durch wissenschaftliche Anstöße von Kollegen und eigene Forschungen bei ihm wesentliche Grundlagen und Ausrichtungen für seine weiteren anglistischen Forschungen entwikkelten. Fast möchte man es daher bedauern, daß Brandl schon drei Jahre später, zu Ostern 1895, einen Ruf an die damals bedeutendste deutsche Universität, die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, erhielt, den er im Interesse seines weiteren wissenschaftlichen Fortkommens nicht ausschlagen konnte

Dr. Jürgen W. Schmidt

Anmerkungen:

[1] Alois BRANDL: Samuel Taylor Coleridge und die englische Romantik, Straßburg (Verlag von Karl J. Trübner) 1886.

[2] Die Begriffe „großdeutsch" und „kleindeutsch" waren im 19. Jahrhundert entstanden, um zwei verschiedene Möglichkeiten einer deutschen Einigung zu bezeichnen: die Einigung unter Einschluß der deutschen Teile der Habsburgermonarchie, also eine großdeutsche Lösung, und die Einigung unter preußischer Leitung unter Ausschluß Österreichs, also eine kleindeutsche Lösung. Bekanntlich erfolgte die Reichsgründung in den Jahren 1867 bis 1871 auf kleindeutscher Grundlage. Für die Deutsch-Österreicher wie Brandl war der großdeutsche Gedanke danach um so wichtiger, als sie durch den Ausschluß aus dem neugegründeten Deutschen

Reich nicht auch aus der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft ausgeschlossen sein wollten.

In meinem 2025 antiquarisch erworbenen Exemplar von Brandls Lebenserinnerungen „Zwischen Inn und Themse. Lebensbeobachtungen eines Anglisten. Alt-Tirol, England, Berlin“ (Berlin 1936) befand sich zufällig eine handschriftliche Postkarte von Prof. em. Alois Brandl, gerichtet an seinen romanistischen Professorenkollegen und Mitherausgeber des Jahrbuches „Archiv für die neueren Sprachen und Literaturen“ Professor Oskar Schultz-Gora (1860–1942) von der Universität Jena. Die Karte wurde wohl im Jahre 1929 oder 1930 geschrieben (ein Briefmarkensammler hat leider die Briefmarke nebst Poststempel entfernt). Auf deren Rückseite (siehe Abbildung) ist der Südtiroler Anwalt Dr. Noldin nebst Ehefrau abgebildet, der damals gerade auf der italienischen Gefängnisinsel Lipari eine Verbannung abbüßte. Er war verurteilt worden, weil er deutsche Kinder in Südtirol insgeheim die deutsche Sprache gelehrt hatte. Der auf derselben Karte von Brandl erwähnte Dr. Kiener (1889–1981) stammte aus Brixen, diente im Ersten Weltkrieg als Offizier im 2. Regiment der Tiroler Kaiserjäger und studierte nach dem Kriegsende Medizin. Von August 1914 bis 1920 hatte er sich in russischer Kriegsgefangenschaft befunden. Ähnlich wie Noldin betätigte sich der Südtiroler Mediziner Kiener in dem von Italien nach dem Ersten Weltkrieg annektierten Südtirol in der sogenannten „Katakombenschule“ für deutsche Kinder. Als im April 1929 in Südtirol – angeblich von deutschen Nationalisten – zwei Carabinieri und ein italienischer Lehrer erschossen worden waren, stellte Dr. Kiener als zuständiger Amtsarzt fest, daß die verwendete Munition nicht deutscher, sondern italienischer Herkunft sei. Wegen dieser italienischerseits sehr unerwünschten Feststellung wurde er für drei Jahre auf die berüchtigte Gefängnisinsel Ponza bei Neapel verbracht, wohin ihm seine Frau freiwillig nachfolgte. Seit 1969 war Dr. Kiener Ehrenbürger der Südtiroler Gemeinde Ahrntal. Er starb 1981.

[3] Siehe Alois BRANDL: Zwischen Inn und Themse. Lebensbeobachtungen eines Anglisten. Alt-Tirol, England, Berlin, Berlin 1936, S. 13 f., und die Abbildung zwischen den Seiten 16 und 17.

[4] Das preußische Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hatte zwar weder rechtlich noch verwaltungsmäßig etwas mit der reichsländischen Universität Straßburg zu tun, doch Friedrich Althoff (1839–1908) hatte sich auch nach seiner Berufung in dieses Ministerium über persönliche Verbindungen einen starken Einfluß auf die Universität Straßburg bewahrt. Althoff, der aus der preußischen Rheinprovinz stammte, war, bevor er 1882 in das preußische Ministerium überwechselte, mehrere Jahre Extraordinarius in der juristischen Fakultät der Universität Straßburg gewesen und 1880 zum ordentlichen Professor für französisches Recht ernannt worden. Siehe dazu Stephan ROSCHER: Die Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg 1872–1902 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 1003), Frankfurt am Main 2006, S. 91–95.

[5] Damit deutet Brandl diskret an, daß es in den Patrizierhäusern damals weder ein WC noch ein simples „Plumpsklo“ gab. Man benutzte vielmehr altertümliche Stuhltoiletten mit einem unter der Sitzfläche stehenden Nachtgeschirr, das anschließend in große Kübel ausgeleert wurde, deren übelriechender Inhalt allmorgendlich von den bewußten Fuhrwerken abgeholt wurde.

[6] Gemeint ist der Straßburger Reformator Martin Bucer (1491–1551).

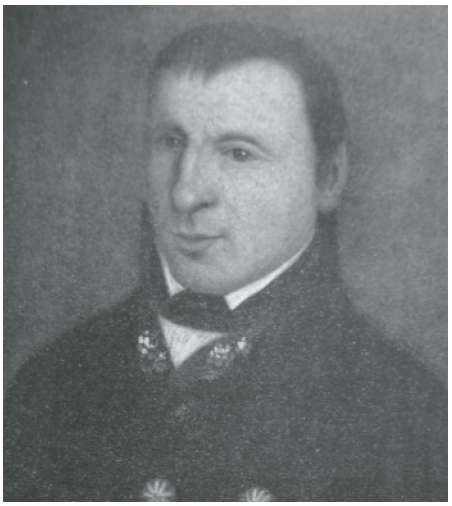
[7] Als Universitätsprofessor in Göttingen hatte Brandl die preußische Staatsangehörigkeit erworben.

[8] Julius Euting (1839–1913), ein bedeutender Orientalist, war Erster Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Straßburg und später zugleich Honorarprofessor an der Universität Straßburg.

[9] Wilhelm Scherer (1841–1886) war ein gleich Brandl aus Österreich stammender Professor der Universität Straßburg, an der er von 1872 bis 1877 lehrte. Er war ein bedeutender germanistischer Philologe von breiter wissenschaftlicher Ausrichtung.

[10] Gemeint ist der Straßburger Universitätskurator Heinrich Hoseus.

[11] Karl August Barack (1827–1900) stieg aus unbemittelten Verhältnissen nach einem Studium der Philosophie, Philologie und Geschichte zum (ab 1871) ersten Direktor der Kaiserlichen Universitäts- und Landesbibliothek in Straßburg auf. Er gab u. a. ab 1866/67 in vier Bänden die historisch und kulturgeschichtlich wertvolle „Zimmerische Chronik“, ein Geschichtswerk aus dem 16. Jahrhundert, heraus.



Alois Brandls Urgroßvater: Thomas Unterberger

Dr. Noldin nebst Gattin auf der Gefängnisinsel Lipari
(Postkarte mit englischsprachiger Erklärung und der handschriftlichen Bemerkung von Prof. Dr. Brandl: „Jetzt ersetzt durch D. Kiener aus dem Ahrntal“)

Der Tod des „Sonnenkönigs“ – Vor 310 Jahren starb der französische König Ludwig XIV.

Von Dr. Mario Kandil

Mit dem Tod des französischen Königs Ludwig XIV. am 1. September 1715 endete ein Zeitalter, das „Grand Siècle“ (dt.: das große Jahrhundert). Der Bourbone gilt als klassischer Vertreter des höfischen Absolutismus und war mit 72 auf dem Thron verbrachten Jahren einer der am längsten herrschenden Monarchen der Geschichte. Drei Jahrhunderte nach seinem Ableben ist die Erinnerung an ihn in Frankreich, aber auch über dessen Grenzen hinaus lebendig. Schauen wir zurück auf seine so zahlreichen kriegerischen Unternehmungen, die einem großen Teil Europas Tod und Verheerung brachten!

König Ludwig XIV. (Zeichnung von S. Janson, wiedergegeben in einem Stich von Johann Georg Waldreich. Quelle: Österreichische Nationalbibliothek)

Regentschaft und Herrschaft Kardinal Mazarins

Als Ludwigs Vater, Ludwig XIII., am 14. Mai 1643 noch recht jung verstorben war, wurde der am 5. September 1638 geborene Thronfolger mit nicht einmal fünf Jahren König von Frankreich. Natürlich übernahm seine Mutter, Anna von Österreich (Anne d’Autriche), eine Tochter Philipps III., Königs von Spanien, die Regentschaft. Sie bestätigte sofort Kardinal Mazarin (der als ein gebürtiger Italiener eigentlich Giulio Mazzarini hieß) als Premierminister. Er war dies seit dem Tode Kardinal Richelieus 1642 gewesen und hatte dessen Außenpolitik bruchlos fortgesetzt: Deren Ziel bestand darin, Frankreich aus der Umklammerung durch das Haus Österreich, das in Spanien wie auch im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation herrschte, zu befreien und die „natürlichen Grenzen Galliens“ (die Pyrenäen und den Rhein) „wiederherzustellen“. Zu diesem Zweck hatte Frankreich, das eine katholische Macht war, die protestantischen Fürsten im Reich ebenso massiv unterstützt wie dann im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) das protestantische Schweden und war 1635 selbst in den Krieg eingetreten.

Diese Außenpolitik führte am Ende große Erfolge herbei: Im Westfälischen Frieden von Münster 1648, den es mit dem Kaiser und dem Reich schloß, erlangte Frankreich bedeutende Territorialgewinne und Einflußmöglichkeiten. Im Elsaß gingen die bisher vom Haus Österreich innegehabten Rechte auf die Krone Frankreich über, insbesondere die Herrschaft über den Sundgau und den größten Teil des Oberelsaß. Sie schieden damit auch aus dem Römisch-Deutschen Reich aus. Im Unterelsaß errang Frankreich damals aber keine territorialen Rechte.

Durch den sogenannten Pyrenäenfrieden mit Spanien im Jahre 1659 erreichte Frankreich weiteren Gebietszuwachs, so durch einen Teil des zum Burgundischen Reichskreis gehörenden und mit der Krone Spanien verbundenen Herzogtums Luxemburg einschließlich der Stadt Diedenhofen. Frankreich, das hierdurch zur führenden europäischen Macht auf dem Kontinent aufstieg, dehnte unter der klugen Führung Mazarins 1658 durch die Schaffung des ersten Rheinbunds (1806 gab es unter Kaiser Napoleon I. einen zweiten) seinen Einfluß im Reich weiter aus.

Innenpolitisch setzte Mazarin, der Pate und auch Erzieher Ludwigs XIV. war, Richelieus Kurs in Richtung Absolutismus unbeirrt fort: Er schränkte die Rechte der „parlements“ genann-

ten obersten Gerichtshöfe ein und beschnitt die Feudalrechte des Hochadels. Allerdings reagierte Mazarin spät, als 1648 die wachsende Opposition in bewaffneten Aufständen, der Fronde, zum Ausbruch kam. Zweimal mußte der verhaßte Kardinal ins Ausland fliehen. Erst 1653 konnte er die Fronde niederwerfen. In der Folge vermochte er die Position der Krone wieder zu festigen. Doch Ludwig XIV., der die durch die Fronde erlittene Demütigung der Krone niemals vergaß, sollte seine Konsequenzen ziehen und setzte nach dem Tode Mazarins (9. März 1661) rigoros die absolutistische Königsherrschaft in Frankreich durch.

Allein an der Macht

Ludwig hatte eine solide und umfassende Ausbildung in Staatsangelegenheiten, Recht, Geschichte und Militärstrategie, aber auch in diversen Sprachen und Wissenschaften erhalten und war bei Mazarins Tod als 22 Jahre junger König ausgesprochen gut auf sein Amt vorbereitet. Er erklärte dem Staatsrat, daß er keinen Leitenden Minister mehr einsetzen, sondern die Regierungsgeschäfte selbst führen werde. Das außenpolitische Ziel Ludwigs XIV. war nichts Geringeres als die Hegemonie über Europa und die territoriale Ausdehnung Frankreichs nach Osten und Norden (Rheingrenze). Schon im Jahr 1661 benutzte der junge König den „Londoner Kutschenstreit“, um Europa zu beeindrucken und seine hegemonialen Ansprüche zu demonstrieren. Als Folge dieses diplomatischen Zwischenfalls vom 30. September 1661 mußte der König von Spanien den Vorrang des Königs von Frankreich in ganz Europa anerkennen.

Doch das war nur ein Vorgeplänkel zu dem, was folgen sollte und wozu der „Sonnenkönig“ (frz.: le Roi Soleil) folgende Instrumente einsetzte:
1. den gegen das Haus Österreich gerichteten Rheinbund als rheinische Allianz der antihabsburgischen Partei im Reich (Kurfürstentümer Mainz und Köln, Fürstentum Pfalz-Neuburg u. a.) mit Frankreich;
2. die „Nachbarn des Nachbarn“ zum Zweck der Umfassung des Reichs: Schweden, Polen, ungarische Magnaten und selbst das Osmanische Reich, den „Kettenhund Europas“. Sie versah Ludwig großzügig mit Subsidien als dem bevorzugten Mittel seiner ausgreifenden Diplomatie.

Devolutionskrieg und Kampf gegen die Niederlande

1665 verstarb Ludwigs Onkel und Schwiegervater Philipp IV. von Spanien, mit dessen Tochter Maria Theresia der Franzosenkönig seit 1660 in erster Ehe verheiratet war. Jetzt führte Ludwig XIV. ein Erbrecht seiner Gattin ins Feld und forderte auf der Basis des brabantischen Devolutionsrechts einen Erbanteil für Frankreich – Brabant. Maria Anna von Österreich, eine Tochter Kaiser Ferdinands III., die für ihren in Spanien nun auf den Thron gelangten erst vierjährigen, überdies geistesschwachen Sohn, Karl II., die Regentschaft führte, lehnte dies ab, und so brach Ludwig XIV. am 24. Mai 1667 den Devolutionskrieg vom Zaun. Dieser gilt in der Historiographie als der erste in der Reihe der „Reunionskriege“, die einzig und allein auf die Mehrung des französischen Königreichs sowie auf die Festigung von Frankreichs Hegemonie in Europa zielten. Sie begründeten das Bild Ludwigs XIV. als eines unersättlichen Eroberers.

Nachdem Frankreich Kaiser Leopold I. zum Verzicht auf eine Unterstützung Spaniens hatte bewegen können, besannen sich England und die Generalstaaten der Vereinigten Niederlande und beendeten im Frieden von Breda 1667 eilig ihren Krieg. Sie schlossen sich zur Abwehr eines französischen Übergewichts an der Nordsee in einem Bündnis zusammen, das sich durch den Beitritt von Schweden zur Tripelallianz erweiterte. Mit dieser wollte es der Bourbone nicht auf eine Machtprobe ankommen lassen, so daß er sich in Verhandlungen mit den Seemächten mit einem Teilgewinn (entweder mit den von ihm eroberten flandrischen Festungen oder mit der inzwischen okkupierten Freigrafschaft Burgund, der Franche-Comté) begnügen wollte. Der mit der Krone Spanien geschlossene Friede von Aachen (2. Mai 1668) sprach Ludwig XIV. daraufhin jene zwölf Festungen in Flandern (darunter Lille, Courtrai und Tournai) zu.

Natürlich war der König mit diesem Resultat unzufrieden, und so begann er unmittelbar nach dem Friedensschluß mit der Vorbereitung eines neuen Schlages. Ludwig wollte die Vereinigten Niederlande dafür bestrafen, daß sie sich gegen ihn, ihren größten Förderer, gestellt hatten. Dazu wollte er die Grenzen begradigen, was nichts anderes hieß, als weitere Gebiete, die der Krone Spanien auf Reichsgebiet – im Burgundischen Reichskreis – gehörten, zu erobern. Zuerst zerstörte er die Tripelallianz, indem er 1670 mit seinem Cousin Karl II. von England eine Offensivallianz einging und dann Schweden hohe Subsidien für ein Bündnis zahlte. Anschließend annektierte Ludwig das Herzogtum Lothringen und schloß mit benachbarten Fürsten eine Vielzahl von Bündnis- und Neutralitätsabkommen. So waren die Generalstaaten schließlich vollkommen isoliert, und im Frühsommer 1672 erklärten ihnen Frankreich und England den Krieg, der als Holländischer Krieg bezeichnet wird und von 1672 bis 1678 dauerte.

Nach raschen Erfolgen sah sich Ludwig XIV. schon als sicheren Sieger, doch stellte er den um Frieden bittenden Niederländern maßlose Bedingungen. Jetzt wendete sich das Blatt, und Jan de Witt, Führer der „Regentenpartei“, wurde zusammen mit seinem Bruder ermordet. Als Statthalter und auch Generalkapitän gelangte der erst 21jährige Wilhelm III. von Oranien an die Spitze der Generalstaaten. Er trat in der Folge als unentwegter Streiter für ein europäisches Gleichgewicht gegen die französische Hegemonie in Erscheinung und zwang die Franzosen mittels Durchstechung der Dämme und Öffnung der Schleusen zum Abbruch ihres Vormarsches. Der Kaiser brachte ein antifranzösisches Bündnis mit Brandenburg (Juni 1672) und den Generalstaaten der Niederlande (Juli 1672) zustande und entsandte eine von Fürst Montecuccoli geführte Armee, die sich mit den Truppen des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm vereinigte. Der französische König begegnete dem durch Förderung seines Wahlkandidaten in Polen, Johann Sobieski, und der Adelsaufstände in Ungarn. Brandenburg sah sich durch den Angriff des mit Ludwig XIV. alliierten Schweden (Anfang 1675) gebunden.

Die Kämpfe zogen sich noch bis 1678 hin, verliefen jedoch für Frankreich höchst erfolgreich. Der Übermacht und der Kampfstärke der französischen Truppen waren die alliierten Streitkräfte nicht gewachsen, weswegen Ludwig XIV. den Holländischen Krieg letzten Endes gewann.

Im Frieden von Nimwegen zwischen Frankreich und den Generalstaaten (10. August 1678) blieben letztere, derentwegen der Krieg von Frankreich doch ausgelöst worden war, ungeschmälert. Die Krone Spanien schloß mit Frankreich am 17. September 1678 in Nimwegen Frieden, Kaiser und Reich zogen am 7. Februar 1679 nach. Das Reich und die Krone Spanien zahlten den Preis: Die Freigrafschaft Burgund, für die der spanische König Reichslehensträger war, mußte an Frankreich abgetreten werden, ferner Teile der mit der Krone Spanien verbundenen und zum Burgundischen Reichskreis gehörenden Niederlande, darunter die Städte Valenciennes, Cambrai und St. Omer, außerdem die Stadt Freiburg im Breisgau.
Trotz seiner großen Erfolge gegen Schweden (u. a. Sieg bei Fehrbellin am 28. Juni 1675) wurde Brandenburg unter dem Druck Ludwigs XIV. im Frieden von Saint-Germain-en-Laye (29. Juni 1679) gezwungen, auf fast alle seine Eroberungen zu verzichten. Die Krone Schweden mußte nur auf einen Landstreifen rechts der Oder sowie auf die Beteiligung an den Seezöllen Hinterpommerns zugunsten des brandenburgischen Kurfürsten verzichten. Das Diktat Ludwigs XIV. hatte erneut den verhängnisvollen Einfluß fremder Mächte in Deutschland bekräftigt. Einfluß und Dominanz Frankreichs in Europa hatten sich weiter verstärkt.

Ludwigs Politik im Elsaß

Der Holländische Krieg wirkte sich auch aufs Elsaß aus. 1672 ließ Ludwig XIV. die Brücke zerstören, die Straßburg mit dem rechten Rheinufer verband. Doch die Stadt ließ die Brücke wiederum errichten
1673 drangen französische Truppen ins Elsaß ein. Ludwig XIV. selbst begleitete sie. Turenne und Condé waren nun die militärischen Machthaber im Lande. Colmar war die erste Stadt, die – durch einen brutalen Handstreich – überrumpelt wurde. Um jeden Widerstand zu ersticken, legte der König erdrückende Einquartierungen in die Stadt, die überdies schwere Kontributionen zu leisten hatte. Das gleiche Schicksal erlitten noch im selben Jahre die anderen Städte der Dekapolis, so Schlettstadt, Oberehnheim, Münster, Rosheim, Weißenburg und Landau. Auch Städte, die gar keine Reichsstädte waren, wurden schwer mitgenommen, so Zabern und Selz. Ein Protestschreiben Kaiser Leopolds I. vermochte nichts auszurichten.
1674 konnten kaiserliche Truppen über die Brücke bei Kehl ins Elsaß eindringen. Oberehnheim, Rosheim, Schlettstadt, Colmar, Münster empfingen sie mit Freude. Doch die schwere Niederlage, die Turenne den Kaiserlichen am 5. Januar 1675 bei Türkheim beibrachte, zwang diese, das Elsaß wieder zu verlassen. Die Truppen Turennes richteten, um die Reichsstadt Türkheim für ihren Widerstand zu bestrafen, in der Stadt ein sich über Tage hinziehendes Blutbad an.
Als mit einem erneuten Eindringen kaiserlicher Truppen zu rechnen war, gingen die französischen Befehlshaber zur Politik der verbrannten Erde über. 1677 wurde die an Bauwerken und Türmen reiche alte Reichsstadt Hagenau mit ihrer aus staufischer Zeit stammenden Pfalz fast dem Erdboden gleichgemacht. Das gleiche Schicksal widerfuhr der Stadt Weißenburg. Es folgten weitere Städte, so Barr und Lauterburg. Die stolzen und baukünstlerisch wertvollen Burgen des Unterelsaß wurden durch Sprengung zerstört, darunter der berühmte Fleckenstein, Hohandlau (später wiederhergestellt), Hohenburg, Dachstein, Wasenburg, Wineck, Windstein, auch Dagsburg, der mögliche Geburtsort des Papstes Leo IX. Dutzende von Dörfern wurden von der Landkarte gestrichen. Das Zerstörungswerk verband sich mit den Namen der Generale Montclar, Turenne, Créqui. Die Rheinbrücke bei Kehl wurde erneut zerstört und Straßburg so von Handel und Wandel mit dem rechten Rheinufer getrennt. Die Stadt sollte gleichsam erstickt werden.

Reunionspolitik

Trotz des Friedensschlusses von Nimwegen war der „Sonnenkönig“ unzufrieden, weil die von ihm geplanten Gebietserweiterungen nicht gänzlich erreicht worden waren. Zwecks Sicherung der neuen Grenzen begann Ludwig XIV. mit dem Ausbau des französischen Festungsgürtels, den sein Festungsbaumeister Vauban mit mehr als 160 neu angelegten oder umgebauten Befestigungsanlagen verstärkte. Nach dem erfolgreichen Holländischen Krieg hielt Ludwig seine Truppen unter Waffen und setzte sie zur Durchsetzung der Reunionspolitik ein. Hiermit zielte er auf die Annexion der Gebiete des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ab, die nach seiner Ansicht mit bestimmten nun unter französischer Souveränität stehenden Territorien in juristischer Hinsicht verbunden waren – und deshalb mit diesen „wiedervereinigt“ werden sollten.
Ludwigs Hauptziel im Elsaß, die Freie und Reichssstadt Straßburg, zwang er 1681, sich ihm zu ergeben. Am 23. Oktober 1681 erschien Ludwig XIV. selbst in der unterworfenen Stadt. Doch nur in die Stadt gekommene Bauern aus dem Kochersberg waren auf den Straßen, um ihn zu begrüßen. 1684 besetzten seine Streitkräfte die östlichen Teile der Spanischen Niederlande und zudem das Herzogtum Luxemburg. In dem in zwei Verträgen vom 15. August 1684 mit dem Reich, das im Osten durch den Türkenkrieg gebunden war, und mit Spanien abgeschlossenen Regensburger Stillstand wurde provisorisch der französische Besitz in sämtlichen vor dem 1. August 1681 reunierten Gebieten sowie in Straßburg und Luxemburg anerkannt.

Höhepunkt der Macht und Beginn des Niedergangs

Nach dem Nimwegener Frieden war Frankreichs politische und militärische Macht erdrückend. Sogar zur See dominierte es, nachdem es noch 1660 nur eine Handvoll Kriegsschiffe besessen hatte. Doch in der Augsburger Allianz (9. Juli 1686) schlossen sich gegen Frankreich der Kaiser, Bayern, die Stände des Fränkischen Reichskreises sowie einige oberrheinische Kreisstände zusammen, wobei auch Spanien und Schweden nicht fehlten. Alles das hielt Ludwig XIV. aber nicht davon ab, für seine Schwägerin Elisabeth Charlotte („Liselotte“) Erbansprüche auf die Teile der Pfalz zu stellen und dort zur Bekräftigung seiner Ansprüche 1688 Truppen einmarschieren zu lassen. Durch diese Intervention, die später sogar zur Verwüstung der Pfalz führte, eskalierte der Konflikt zwischen Ludwig und der Augsburger Allianz. Letztere formierte sich zu einer Offensivallianz und erklärte Frankreich den Krieg, dem sich England, in dem nach der „Glorious Revolution“ von 1688 Ludwigs XIV. Erzfeind Wilhelm III. von Oranien als König regierte, gleichfalls anschloß.

Am Ende entstand aus dieser Konfrontation der Pfälzische Erbfolgekrieg (1688–1697).
Die Armeen Ludwigs XIV. besetzten die Spanischen Niederlande, marschierten in die westlichen Reichsgebiete ein und eroberten zahlreiche feste Plätze. Die Pfalz und weite Teile Südwestdeutschlands wurden systematisch verwüstet. Viele Städte wie Speyer, Worms gingen in Flammen auf, Heidelberg wurde 1693 dem Erdboden gleichgemacht. Die Allianz, deren Truppen numerisch unterlegen waren, konnte kaum Siege verbuchen, doch Ludwigs Flotte erlitt gegen Engländer und Holländer eine Niederlage vor La Hogue (4. Juni 1692). Insgesamt gelang es keiner der beiden Seiten, den Gegner entscheidend zu besiegen. Frankreich konnte nicht aus dem Reich verdrängt werden, doch andererseits mußte Ludwig XIV. trotz solcher Siege wie in der Schlacht bei Neerwinden (29. Juli 1693) langsam einsehen, daß er militärisch keinen Frieden erzwingen konnte.
Die beiderseits erschöpften Kriegsparteien handelten den Frieden von Rijswijk (30. Oktober 1697) aus, der insofern den ersten Verlustfrieden Ludwigs XIV. darstellt, als er die Pfalz und das Herzogtum Luxemburg wieder herausgeben mußte. Dafür bestätigte ihm das Römisch-Deutsche Reich den Besitz Straßburgs und der übrigen Reunionen im Elsaß. Nun erst trat das Reich das ganze Elsaß rechtlich an Frankreich ab. Der Friedensschluß von Nimwegen hatte noch den Frieden von Münster bestätigt und insofern an den Hoheitsverhältnissen im Elsaß rechtlich nichts geändert. Ludwig XIV. erkannte seinen Gegenspieler Wilhelm von Oranien als König von England an. Von einer Hegemonie Frankreichs in Europa konnte keine Rede mehr sein, doch seine Eroberungen im Reich waren ihm nun rechtlich bestätigt.

Der Spanische Erbfolgekrieg

Seit langem wartete Europa auf den Tod des letzten spanischen Habsburgers Karl II., der degeneriert und zur Zeugung eines Erben unfähig war. Da mit ihm die spanische Linie des Hauses Österreich aussterben würde, war seine Nachfolge unklar. Sowohl die Bourbonen als auch die deutsche Linie der Habsburger machten Erbansprüche geltend. Im Testament Karls II. wurde auf Betreiben Ludwigs XIV. dessen Enkel Philipp von Anjou als Gesamterbe eingesetzt. Als Karl II. am 1. November 1700 verstarb, proklamierte der französische König seinen Enkel als Philipp V. zum König von Spanien. Da dies das Gleichgewicht in Europa gefährdete, schlossen am 7. November 1701 England, Holland, der Kaiser, der König in Preußen, der Kurfürst von Hannover und Portugal die Haager Allianz, der 1702 noch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und 1703 Savoyen beitraten. Auf der Seite Ludwigs XIV. stand das Haus Bayern in Gestalt Kurbayerns und Kurkölns; der damalige Kurfürst von Köln war ein Bruder des bayerischen Kurfürsten. Damit war der Spanische Erbfolgekrieg (1701–1713/14) entbrannt.
Er wurde zum ersten Weltkrieg der Neuzeit mit Kriegsschauplätzen in Spanien (wo ein echter Bürgerkrieg tobte), in Italien (wo sich für den Kaiser der von Ludwig XIV. verschmähte Prinz Eugen von Savoyen als Heerführer glänzend hervortat), in Süddeutschland (wo Ludwig Wilhelm I. von Baden, der „Türkenlouis“, bis zu seinem Tod Anfang 1707 die Reichsarmee anführte), in den Niederlanden (wo John Churchill, der Herzog von Marlborough, als Feldherr brillierte), auf den Ozeanen wie auch in der Nordsee (wo England nicht zum letzten Mal in der Historie eine Seeblockade gegen seinen Hauptfeind vom Kontinent praktizierte).
Der Erhebung des deutschen Habsburgers Karl zum spanischen König Karl III. (1703) – er war der jüngere Sohn Kaiser Leopolds I. – folgte 1704 die Eroberung Gibraltars durch England (das ab 1707 mit Schottland in einer Union unter dem Namen Großbritannien vereinigt war).
Die Allianz errang im Laufe des Kriegs glänzende Siege gegen die Franzosen, wobei die Feldherren Eugen und Marlborough als kongeniale Partner hervortraten: Höchstädt (13. August 1704), wohl die schwerste Niederlage, die Ludwig XIV. je erlitt; Ramillies (23. Mai 1706), wodurch Marlborough für die Alliierten den größten Teil der Spanischen Niederlande eroberte; Turin (7. September 1706), womit Eugen und Marlborough die Franzosen zur Räumung ganz Oberitaliens zwangen; Oudenaarde (11. Juni 1708), wo die beiden genialen Feldherren erneut glänzend zusammenwirkten; Malplaquet (11. September 1709), das wieder ein Sieg dieser zwei Heerführer war, aber mit hohen eigenen Verlusten erkauft wurde. Während der Kaiser die von Frankreich geschürten Aufstände in Ungarn niederwerfen und ein neuerlich drohendes Übergreifen des Nordischen Kriegs (1700–1721) nach Deutschland abgewendet werden konnte, wurde die Lage für Frankreich immer schlechter. Das Land war nicht nur vom Krieg erschöpft, sondern auch durch die Überlastung des Merkantilsystems, Steuerdruck und innere Aufstände geschwächt. Ludwig XIV. bot daher den Verzicht auf Spanien sowie die Räumung des Elsaß an, doch seine Friedensofferte scheiterte an überspannten Forderungen der Verbündeten.
1711 brachten jedoch zwei Zufälle eine unerwartete Wende des Krieges. Zum einen zog ein Regierungswechsel in Großbritannien die Rückberufung Marlboroughs mit sich, was die Verbündeten erheblich schwächte. Zum anderen wurde nach dem Tod des seit 1705 regierenden Kaisers Joseph I. sein Bruder Karl, der ja schon König von Spanien war, von den Kurfürsten zum Kaiser gewählt. Durch die Verbindung des Römisch-Deutschen Reiches mit Spanien ergab sich jetzt die Gefahr einer neuen habsburgischen Weltmacht. Die Briten verweigerten jede weitere Unterstützung im Felde, und auch der Kampfeswille der Holländer geriet beträchtlich ins Wanken.
So konnte das Frankreich Ludwigs XIV. am 11. April 1713 zu Utrecht mit den Seemächten Großbritannien und Holland, mit Brandenburg-Preußen, Savoyen und Portugal einen Friedensvertrag unterzeichnen. Es kam zur Teilung des spanischen Erbes: Das Hauptland und die Kolonien gingen an Philipp V. von Anjou; die Nebenlande gingen an Österreich, während Sizilien an das Haus Savoyen gelangte. Holland sicherte sich in dem Barrieretraktat belgische Sperrfestungen als Schutz gegen Frankreich. Großbritannien sicherte sich Gibraltar, Menorca, Neufundland, Neuschottland, die Länder der Hudson-Bay sowie das Monopol für den Sklavenhandel mit Spanisch-Amerika. Kaiser und Reich kämpften noch weiter, mußten jedoch im Frieden von Rastatt (7. März 1714) und Baden (7. September 1714) die Neuordnung anerkennen.

Ludwigs Ende

Aus dem großen Krieg ging Ludwig XIV. zwar nicht besiegt oder

gedemütigt, aber doch bedeutend geschwächt hervor, während England (das im Grunde auch den eigenen Alliierten den Frieden diktiert hatte) der eigentliche Sieger war und zukünftig Frankreichs globaler Hauptgegner sein sollte. Als Ludwig XIV. am 1. September 1715 verstarb, hatte er das französische Territorium wie keiner seiner Vorgänger ausgedehnt. Frankreich war der mächtigste Staat und kulturelles Zentrum Europas, doch durch Ludwigs zahlreiche Kriege gewaltig verschuldet. Das Volk, das ihm die enormen finanziellen Belastungen des letzten Kriegs anlastete, war nach 72 Jahren Herrschaft seiner überdrüssig geworden. So freuten sich viele Franzosen über Ludwigs Tod, und Voltaire erblickte neben dem Trauerzug für ihn auch „kleine Zelte, wo das Volk trank, sang und lachte“.

Hinüber und herüber

Neujahrsnacht 2024/2025 in Saarburg

Die Schule „Les Primevères“ in Saarburg (Moselle) wurde am 31. Dezember 2024, wenige Minuten vor Mitternacht, das Ziel eines Brandanschlags. Die Feuerwehrleute der ganzen Umgebung griffen ein, um des Feuers Herr zu werden, das in einem Saal der schulischen Einrichtung gelegt worden war. Unterdessen hielten Böller, Feuerwerkskörper und Knallfrösche das Viertel in Atem. Ein Kraftfahrzeug wurde ebenfalls angezündet. Der Beigeordnete Laurent Moors fand sich am Schauplatz ein.
Laut der vom französischen Innenministerium mitgeteilten Zahlen sind in der Neujahrsnacht in ganz Frankreich 984 Fahrzeuge angezündet worden, 420 Personen wurden festgenommen und 310 wurden verhört.

Ministerpräsident Bayrou über die Riesenregionen

Beim Neujahrsempfang der „Association Départements de France“ im Januar 2025 hat sich der – aufgrund der Geschwindigkeit, mit der sich das französische Ministerpräsidentenkarussel dreht, nach wenigen Monaten schon wieder verschwundene – damalige Ministerpräsident François Bayrou sehr kritisch über die Gebietsreform von 2015, die zu den großen Regionen geführt hat, geäußert. Laut Bayrou hatte die Reform nicht nur keine Einsparwirkung, sondern hat darüber hinaus in gewissen Gebieten zu Identitätsverlusten geführt. Er rief die Departements deshalb auf, sich gemeinsam an den Tisch zu setzen, um nach der Annahme des Finanzgesetzentwurfs eine Dezentralisation neu zu überdenken. (Das Gesetz ist gar nicht angenommen worden.) Bei dem genannten Empfang zog François Sauvadet, der Vorsitzende der Association Départements de France die Alarmglocke. Die Hälfte der Departements befinde sich in großen finanziellen Schwierigkeiten, besonders wegen der Steigerung der Sozialausgaben um drei Milliarden Euro und wegen des Sinkens der Einnahmen in gleicher Höhe.
(Quelle: www.lagazettedescommunes.com vom 23. Januar 2025)

Eine katholische Schule im Herzen Straßburgs?

Die Stadtverwaltung Straßburg beabsichtigte, ein inmitten der Stadt gelegenes, der Stadt Straßburg gehörendes Gebäude zu verkaufen. Unter den Kaufbewerbern befand sich auch eine katholische Schuleinrichtung „hors contrat“, das Collège Saints Louis et Zélie Martin, das erst im November 2024 gegründet worden ist und zum Schuljahrsbeginn 2025 30 Schüler aufnehmen soll. Ihm angegliedert ist die école maternelle et primaire Herrade de Landsberg, die 70 Schüler hat. Bei dem Gebäude handelt sich um das frühere Kleine Seminar, das dann in eine Schule umgewandelt wurde. Es verfügt über eine Grundfläche von 1077 m, weist Lehrräume, einen Versammlungssaal, ein Amphitheater und zwei Sportsäle auf. Für den Ankauf waren 4 Millionen Euro erforderlich, die kurzfristig aufzubringen gewesen wären. Die Zuschlagsfrist lief am 14. März 2025 ab, doch konnte das Collège den Zuschlag nicht erhalten.
(Quelle: www.valeursactuelles.com vom 1. Februar 2025)

IMPRESSUM

DER WESTEN

ISSN 0179-6100

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft „Der Westen“, bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung (hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V. und dem Bund Vertriebener aus Elsaß-Lothringen und den Weststaaten e.V.) sowie der Erwin von Steinbach-Stiftung

Geschäftsstelle:
Dr. Rudolf Benl
Gustav-Freytag-Straße 10 b
99096 Erfurt, Deutschland
Telefon: (0361) 3 45 65 78
E-Post: rudolfbenl@online.de

Sonderkonto:
Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e. V.,
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE84 8205 1000 0163 0748 28
SWIFT-BIC: HELADEF1WEM

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:
Dr. Rudolf Benl

Grafik & Satz:
Erpha Media, Erfurt

Druck:
Turtschan Werbetechnik
Bergrat-Voigt-Straße 22
99087 Erfurt, Deutschland

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Einsender von Manuskripten u.ä. erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Alle Angaben ohne Gewähr. „Der Westen“ wird allen Mitgliedern ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

Fortsetzung der Arbeit des Goethe-Instituts in Straßburg

Die Schließung der Straßburger Außenstelle des Goethe-Instituts zu Nancy hatte viel Kritik ausgelöst. Doch am 9. Mai 2025 unterzeichneten im Straßburger Rathaus die Präsidentin des Goethe-Instituts Gesche Joos, die Straßburger Bürgermeisterin Jeanne Barseghian und der Leiter des Goethe-Instituts Paris Nicolaus Ehlers eine Vereinbarung, gemäß der die Arbeit des Goethe-Instituts auch nach der Schließung des Straßburger Büros in Straßburg fortgesetzt werden soll. „Das Goethe-Institut bleibt in Straßburg ein verläßlicher Partner“, sagte die Präsidentin. Es wird sich zeigen, in welcher Form dieser Einsatz des Goethe-Instituts erfolgt, wenn in Straßburg offenbar keine Institutsverwaltung mehr vorhanden ist und alles von Nancy aus geleitet werden soll.
(Quelle: Badische Neueste Nachrichten vom 15. Mai 2025)

Evangelikale in Frankreich

Der Anteil der Evangelikalen innerhalb des französischen Protestantismus wächst unaufhörlich. Von 18 % im Jahre 2010 wuchs er auf 33 %. 53 % der weniger als 35 Jahre Alten bezeichnen sich als „evangelikal“, während sich 47 % in dieser Altersklasse als „protestants“ bezeichnen.
Die Evangelikalen werden zu Lasten der Lutheraner und der Reformierten der größte Bestandteil des französischen Protestantismus. Lutheraner und Reformierte haben 15 Prozentpunkte verloren und sind von 82 % auf 67 % gesunken.
Die Protestanten zählen einschließlich der Evangelikalen in Frankreich 1,32 Millionen Gläubige. Das bedeutet 2 % der Bevölkerung.
Die Evangelikalen haben sich 2010 von der Fédération protestante de France (FPF) unabhängig erklärt, indem sie den Conseil national des évangéliques de France (Cnef) bildeten. Es gibt Beziehungen zwischen der FPF und dem Conseil, doch sind sie schwierig.
Die Evangelikalen haben zu einigen Fragen moralisch-gesellschaftlicher Art eine von denen der „klassischen“ Protestanten abweichende Meinung. Das betrifft die Abtreibung, die Euthanasie und die Homosexualität. Betreffs der Gesetzgebung zur sogenannten Sterbehilfe sind 76 % der „klassischen“ Protestanten dafür, doch nur 50 % der Evangelikalen. 82 % der Protestanten sind für die Aufnahme der Abtreibung in die Verfassung, 57 % der Evangelikalen sind dagegen. 46 % der „klassischen“ Protestanten sind für die Segnung von homosexuellen Paaren, nur 14 % der Evangelikalen.
Die Evangelikalen praktizieren in der Woche dreimal so häufig wie die Protestanten.
(Quelle: www.lesalonbeige.fr vom 30. Januar 2025)

Jahrestagung der FLAREP in Französisch-Flandern

Am Wochenende vom 19. bis zum 21. Oktober 2024 fand im Schloß von Esquelbecq im französischen Flandern das 38. Kolloquium der Fédération pour les langues régionales dans l’enseignement public (FLAREP) statt: Kollokke – Vlaenderen/Colloque – Flandre. Es fanden sich Vertreter der regionalen Sprachen aus ganz Frankreich (einschließlich der Insel Réunion) ein.
Das Westflämische setzt sich vom Niederländischen ab, was vor Ort allerdings umstritten ist. Die Kämpfer fürs Flämische haben nach 2021 erreicht, daß das Westflämische unter die Regionalsprachen aufgenommen wurde. Die Hälfte der flandrischen Gemeinden hat sich der Charta angeschlossen. Auch wurde die Anerkennung eines Office Public für die Regionalsprache erzielt. Allerdings ist ein solches bisher nicht wirklich ins Leben getreten (was innerhalb Frankreichs kein Einzelfall ist).
Drei Jahre nach der Annahme der loi Molac gibt es noch immer keinen Plan zur Anwendung auf gesamtstaatlicher Ebene, auch stehen keine Mittel zur Verfügung, um das wesentliche Element des Gesetzes anzuwenden: die Verallgemeinerung des Sprachangebots und den Zugang aller Familien zum Unterricht in der Regionalsprache. Und der von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jean Castex vorgeschlagene CNLCR, ein zwischenministerielles Organ, das den Regionalsprachen und ihren Kulturen gewidmet sein soll, ist noch nicht zusammengetreten. Offenbar ist das einzige wirklich arbeitende Office public für eine Regionalsprache das bretonische. Seit 2015 konnten dort mehr als 100 Zweigstellen eröffnet werden, und der Lehrerbestand hat sich um 50 % erhöht ebenso wie die Zahl der Mitarbeiter des Office.
(Quelle: Land un Sproch Nr. 232 vom Dezember 2024)

Krippenfiguren in Metz beschädigt

Nach dem „Républicain Lorrain“ vom 18. Dezember 2024 sind am 17. Dezember 2024 in einer Krippe, die vor dem Metzer Bahnhof aufgestellt war, zwei Figuren dadurch, daß ihnen die Köpfe abgerissen wurden, schwer beschädigt worden. Am 18. Dezember wurden die Figuren ersetzt. Aufgrund der von der Stadt Metz aufgestellten Videoüberwachung wurden zwei Gestalten durch die Kameras bei der Tat aufgenommen. Die Krippe war schon einige Wochen zuvor in Hinblick auf die Jahresendfeste – der „Républicain Lorrain“ vermeidet hier das Wort „Weihnachten“ (Noël) – aufgestellt worden.

Mordanschlag in Mülhausen

Im Februar 2025 hat der schon seit längerem unter polizeilicher Beobachtung stehende 37jährige Algerier Brahim A. am frühen Morgen auf einem schon eröffneten Markt unter dem Ruf „Allah Akbar“ eine Person mit einem Messer getötet. Polizisten konnten ihn, ohne Feuerwaffen zu verwenden, festnehmen, doch wurden zwei Polizisten sehr schwer verletzt, der eine an der Halsschlagader, der andere am Brustkorb. Drei andere Polizisten erlitten leichtere Verletzungen. Brahim A. hatte sich seit 2014 in Mülhausen aufgehalten.
(Quelle: www.lanuovabq.it. vom 25. Februar 2025)